

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt der Arbeitskreises (Ausgabe Nr. 13 –November 2008)

**Du sollst den Geringen nicht vorziehen,  
aber auch den Großen nicht begünstigen**

*3. Mose 19,15.*

### **Die Krise trifft den Arbeitsmarkt:**

**Vor allem Jobs in der Zeitarbeit werden so schnell wieder vernichtet, wie sie geschaffen wurden**

In der vergangenen Woche erreichten die Turbulenzen historischen Ausmaßes auch den deutschen Arbeitsmarkt. Erstmals wirkten sich die Erschütterungen der Finanzkrise auf die Beschäftigungspläne von Unternehmen aus: Der Softwarekonzern SAP und Medienunternehmen wie der Verlag Gruner+Jahr verhängten Einstellungsstopps. Autohersteller wie Opel, BMW und Daimler strichen Schichtpläne zusammen oder kündigten an, ganze Werke wochenlang stillzulegen. Ford in Saarlouis wird seine Leiharbeiter wegschicken. Zulieferer wie Knorr-Bremsen in München kündigten ebenfalls an, Stellen von befristet Beschäftigten und Leiharbeitern abzubauen. Auch im Textil- und im Druckmaschinenbau ist von Kurzarbeit und Stellenkürzungen die Rede. Zwar überwiegen noch immer die bei anderen Firmen geschaffenen Stellen, klar ist aber in jedem Fall: Die Beschäftigungsaussichten werden von Tag zu Tag schlechter.

Das ist nicht allein eine Folge der Finanzkrise. Die Konjunktur verliert in vielen Ländern schon seit einem knappen Jahr an Fahrt. Hinzu kommen die speziellen Probleme einzelner Unternehmen oder ganzer Branchen. Viele Autohersteller leiden etwa unter dem stark schwankenden Ölpreis und einer falschen Modellpolitik.

Die Ursachen sind also vielfältiger, als es die Aufregung um die aktuelle Banken- und Börsenkrise suggeriert. Fest steht aber, dass sich die guten Zeiten am deutschen Arbeitsmarkt dem Ende zuneigen. Schon bald dürfte die Arbeitslosigkeit wieder steigen. Und das womög-

lich sogar schneller als in früheren Abschwüngen. Der Grund dafür ist, dass es heute weit mehr schlecht abgesicherte Arbeitsplätze gibt als in früheren Zeiten. Und die lassen sich ohne viel Federlesen streichen: Rund 800.000 Menschen sind als Zeitarbeitnehmer beschäftigt, etwa 2,7 Millionen haben nur einen befristeten Vertrag. So könnte in der Krise die Kehrseite eines flexibleren Arbeitsmarktes zum Vorschein kommen: Jobs werden schneller geschaffen, aber auch schneller wieder vernichtet.

Noch lässt sich kaum absehen, wie stark die Ereignisse auf den Finanzmärkten tatsächlich auf die Beschäftigung durchschlagen werden. Dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge, das am Anfang dieser Woche veröffentlicht wurde, könnte die Arbeitslosenquote 2009 sogar einen deutlichen Sprung nach oben machen: von zu erwartenden 7,5 % in diesem Jahr auf 8,3%. Das entspräche rund 400.000 zusätzlichen Arbeitslosen. So sieht zumindest das „Risikoszenario“ der Institute aus.

Keine Prognosen gibt es bisher zu der Frage, ob der Stellenabbau im bevorstehenden Abschwung sogar beschleunigter als früher vonstatten gehen wird. Die ersten Krisenmeldungen scheinen das zu bestätigen.

70 Prozent der heutigen Leiharbeiter waren zuvor arbeitslos. Unabhängig vom Tempo dürfte eines sicher sein: Zeitarbeiter und befristet Beschäftigte wird der Abschwung zuerst treffen. Sie sind ein Flexibilitätspuffer, der den festangestellten Mitarbeitern ihren Job sichert. Der es oft erst ermöglicht, dass dem Stammpersonal weitgehende Arbeitsplatzgarantien gewährt. Zeitarbeiter werden nicht nur meist schlechter bezahlt, sondern tragen auch das höhere Entlassungsrisiko.

Klaus-Rainer Martin

zitiert aus: „Zeit-online“ 43/2008 (gekürzt wiedergegeben)

**„Wahrhaftig, das Zinsgeschäft muß ein Symbol und Anzeichen dessen sein, dass die Welt mit schweren Sünden dem Teufel verkauft ist, so dass uns das zeitliche und geistliche Gut gleichzeitig fehlen muß.“**

Luther

## **Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil**

### Staatliche Bürgschaften für Banken, Autoindustrie und andere Großkonzerne (Pharmaindustrie und Reedereien schreien schon)

- Viele Banken haben gezoekt. Das stellt sogar der Bundespräsident fest. Warum werden die Manager der Banken, die Vorstände und Aufsichtsräte nicht mit ihrem persönlichen Vermögen zur Rechenschaft gezogen? In den Aufsichtsräten sitzen Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der politischen Parteien. Sie haben versagt, waren inkompetent oder haben nur an die eigenen Vorteile gedacht.
- Ich höre nur noch wenig, dass wenn eine staatliche Bürgschaft zu einer Subvention werden muss, etwas über die zu stellenden Bedingungen. Das Thema *Begrenzung der Managergehälter* wird z.Zt. nicht mehr erwähnt. Die *Rückzahlung der Kredite* ist auch kein Thema.
- Müssen für die Schäden in der Bankwirtschaft, aber vielleicht auch demnächst in der Großindustrie nicht auch die Aktionäre aufkommen? Sie haben in der Vergangenheit von den erzielten Gewinnen erheblich profitiert. Warum soll jetzt der Steuerzahler (55% der Steuer wird in der Bundesrepublik über mittlere und kleine Einkommen vereinnahmt) die Last allein tragen?

### Autoindustrie – im Gespräch ist Opel

- Arbeitsplätze sind in Gefahr. Das mag sein und wäre schrecklich. Nur dieses Argument wird seit Jahren als Erpressungsmechanismus angewandt und hat gewirkt. Spielregel in der Vergangenheit war, Arbeitsplätze reduzieren, angeblich aus Not und gleichzeitig die Gehälter der Manager zu erhöhen (für unsereiner in unverständlichen Dimensionen). Außerdem scheint die Steuerhinterziehung durch die Zumwinkel usw. in Vergessenheit geraten zu sein.
- Die Autoindustrie muss angekurbelt wer-

den, ja vielleicht, aber wie? Steuerbefreiungen? Man bedenke, für einen umweltfreundlicheren Wagen mit 80 PS bedeutet das eine Ersparnis von 140 €. Die großen BMWs Mercedesse, Porsches sparen bis zu 1.600 € jährlich. Diese Wagen werden zu 70% von Firmen gekauft, die diese von der Steuer absetzen. Damit werden sie doppelt subventioniert. Das Argument für diese Machenschaften: Arbeitsplatzsicherung und Ankurbelung der Wirtschaft. Erpressung hoch 3.

Ein besserer Vorschlag: Jeder Bundesbürger erhält noch im Dezember 08 ein Handgeld von 1.000 €. Die Familie mit 2 Kindern, die über ein mittleres Einkommen von 2.500 € verfügt erhalte eine Einmalzahlung von 4.000 €. Den Reichen mit einem Jahreseinkommen von 150.000 € wird empfohlen ihr Handgeld den Wohlfahrtsverbänden zu spenden. Gleichzeitig müsste ein Gesetz geschaffen werden, dass die Verbraucherpreise für 1 Jahr nicht erhöht werden dürfen.

### Die Kirchen und die Diakonischen Werke

Ich höre nichts Wesentliches von ihnen. Herr Huber, Frau Käsmann und , und und.....sitzen in Talkshows und kritisieren mit wohl abgewogenen Worten die Finanzsituation. Der Präsident des DWs und auch Frau Stoltenberg scheinen Halsschmerzen zu haben.

Ich wünschte mir klarere Worte. Auch die Sozialhilfe- und Harzt IV- Empfänger und die Zukünftigen bräuchten eine Stimme.

Günter Grosse

**Erhebe deine Stimme wie eine Posaune und verkündige meinem Volk seine Abtrünnigkeit.**

Jesaja 58,1

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität trifft sich am **Mittwoch, 10. Dezember 2008 von 18.00 – 20.30 Uhr im Sievekingsaal des Rauhen Hauses in Hamburg**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Günter Grosse, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg